**Widerspruch (Muster)**

Herrn Präsidenten/Frau Präsidentin/Frau Generalstaatsanwältin

des […]

Berlin, den […] Dezember 2022

**Widerspruch gegen die Höhe der Besoldung 2022**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich der Höhe der mir im Jahr 2022 gewährten Besoldung.

Ich fordere die Nachzahlung des Bruttodifferenzbetrages zwischen der gewährten und der mir zustehenden Besoldungshöhe. Ich rüge die Amtsangemessenheit der mir gewährten Bezüge und verweise inhaltlich auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Beschluss vom 4. Mai 2020 (2 BvL 4/18).

[Für Kolleginnen/Kollegen mit mehr als zwei Kindern:

Ferner widerspreche ich unter Verweis auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 zum Az. 2 BvL 6/17 auch ausdrücklich der Höhe der mit gewährten familienbezogenen Besoldungsbestandteile im Jahr 2022. Ich fordere die Nachzahlung solcher Beträge, die dazu führen, dass mein Nettoeinkommen sich für mein drittes und jedes weitere Kind um mindestens 115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs für das hinzutretende Kind erhöht.]

Meine Besoldung entsprach im Jahr 2022 nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben. Die gänzlich unzureichende Besoldungserhöhung zum Dezember 2022 bleibt auch unter Berücksichtigung der gewährten Corona-Sonderzahlungen insbesondere hinter der aktuellen Verbraucherpreisentwicklung und der Entwicklung der Nominallöhne im Land Berlin erheblich zurück.

Ich rege an, den Widerspruch mit Hinblick auf die derzeit noch bei dem Bundesverfassungsgericht, dem Bundesverwaltungsgericht und den Instanzgerichten anhängigen Rechtsstreite (insbesondere zu 2 BvL 4/18 bis 2 BvL 9/18 zur Berliner A-Besoldung) zunächst nicht zu bescheiden.

Ich bitte Sie, mir den Eingang des Widerspruchs zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen